

Edeltraud Debusmann  
Otto-Hahn-Straße 7

Heusenstamm, den 05.09.2012  
Telefon: (06104) 6 76 17  
e-Mail: ES-63150@t-online.de

Edeltraud Debusmann | Otto-Hahn-Straße 7 | 63150 Heusenstamm

[Einschreiben mit Rückschein](#)

Bundeskanzleramt  
Sekretariat  
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

BT-Drucksache 15/2472 vom 11.02.2004

Antrag:

Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen

Betreff: **Verträge sind einzuhalten – Bestandsschutz – Vertrauensschutz**  
Bezug: Mein Schreiben vom 09.08.2012 an Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel

Sehr geehrte Damen und Herren,

*„Es ist wichtig, dass Recht und Gesetz ... eingehalten werden.  
Demokratie lebt davon, dass die Verträge nicht nur in guten Zeiten gelten,  
wo man nicht an ihre Grenzen stößt,  
sondern das Verträge auch in schwierigen Zeiten gelten“  
ist das klare Bekenntnis zur Gerechtigkeit.“*

(Zitat Frau Dr. Merkel im ZDF-Sommerinterview am 15.07.2012 mit Bettina Schausten)

Ergänzend zu meinem Schreiben vom 09.08.2012 an Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel beigefügt weitere mit Datum vom 31.08.2012, 01.09.2012, 03.09.2012 und 05.09.2012 aufgrund zusätzlicher Fakten aus den aktuellen Nachrichten der letzten Wochen mit dem Nachweis ...

Pacta sunt servanda, Bestands- und Vertrauensschutz gelten nur noch für Politiker,  
aber nicht mehr für die Bürger dieses Landes.

Wir bitten, diese Schreiben aufgrund der inhaltlichen Bedeutung zu Aussagen verantwortlicher Politiker, hier Theorie (Fernsehstatements, Wahlversprechen) und Praxis (Gesetze für die Bürger) an unsere Bundeskanzlerin weiterzuleiten. Millionen Betroffene Bürger warten auf eine positive Antwort.

Mit bestem Dank und  
freundlichen Grüßen aus der Schloßstadt Heusenstamm

*gez. Edeltraud Debusmann*

Mitglied im Arbeitskreis „GMG-geschädigte DV-Versicherte“

Anlagen:

- Schreiben vom 31.08., 01.09., 03.09. und 05.09.2012 an Frau Dr. Merkel
- Offener Brief von Petent Friedrich Preuß/Berlin an Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel

Edeltraud Debusmann  
Otto-Hahn-Straße 7

Heusenstamm, den 31.08.2012  
Telefon: (06104) 6 76 17  
e-Mail: ES-63150@t-online.de

Edeltraud Debusmann | Otto-Hahn-Straße 7 | 63150 Heusenstamm

**Einschreiben mit Rückschein**

Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Offenbach Post vom 23.08.2012

## Wirbel um Wulffs Ehrensold

Kauder verteidigt Gleichbehandlung ehemaliger Bundespräsidenten / Kritik der SPD

**BERLIN** • Altpräsidenten und Ex-Kanzler sollen nach dem Willen von Union und FDP künftig einheitlich mit Personal, Büros und Autos versorgt werden. Bisher ist dies individuell geregelt. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) verteidigte die geplante Anhebung der Bezüge von Bundespräsident Joachim Gauck und des Ehrensoldes für Altpräsidenten wie Christian Wulff gestern als „richtig und angemessen“. Die Bezüge von Gauck und seinen Vorgängern sollen nach dem Etatentwurf 2013 von 199.000 Euro auf 217.000 Euro im Jahr steigen – das sind neun Prozent. Wulffs Ehrensold wird de um jährlich 18.000 Euro angehoben. Dies wird besonders bei der SPD kritisiert. Wulff war im Februar nach nur 20-monatiger Amtszeit zurückgetreten, nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen möglicher Vorteilsnahme in seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident eingeleitet hatte. Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle (CDU), sagte, die künftige Ausstattung der Ex-Staatsspitzen solle bis zum Ende der Haushaltsberatungen 2013 im November geregelt werden. Er werde auch über den Begriff Ehrensold sowie über die Frage debattiert, welche Amtsdauer Zuwendungen rechtfertige. In Fall Wulff „müssen insbesondere die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen abgewartet werden“, so Barthle. Grundsätzlich sei es aber so, „dass über künftige Regelungen verhandelt wird. **Es gilt der Bestandsschutz**“, Kauder sagte mit Blick auf die Debatte über die Bezüge Wulffs. „Die Amtszeit der Bundespräsidenten kann keine Rolle spielen. Alle sind gleich zu behandeln.“ Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundesfraktion, Carsten Schneider, hält eine Gleichbehandlung Wulffs für nicht akzeptabel. Dieser habe „seine Amtszeit nicht einmal zur Hälfte geleistet und er hat durch seinen Umgang mit der Wahrheit dem höchsten Amt im Staat schweren Schaden zugefügt“, sagte er der „Leipziger Volkszeitung“. Seine Fraktion werde demnächst Vorschläge für eine Neuregelung des Ehrensoldes vorlegen. Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim nannte die vorgesehene Erhöhung der Wulff-Bezüge „skandalös“. Nach Angaben aus der SPD ist für Anfang September ein Gespräch mit Koalitionvertretern über die Regelungen für Ex-Präsidenten geplant. • dpa/dapd

Betreff: **Bestandsschutz – Vertrauensschutz – Aberkennung von Bürgerrechten!**

Bezug: Mein Schreiben an Sie vom 09.08.2012

**Verträge sind einzuhalten ... Politik muss verlässlich sein**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit Bezug auf die Randbedingungen zu Wulffs Ehrensold ein weiterer Beweis für die **Aberkennung von Bürgerrechten!** Wollen Sie das zulassen?

*„Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle (CDU), sagte, die künftige Ausstattung der Ex-Staatsspitzen solle bis zum Ende der Haushaltsberatungen 2013 im November geregelt werden. Es werde auch über den Begriff Ehrensold sowie über die Frage debattiert, welche Amtsdauer Zuwendungen rechtfertige ...*

*Grundsätzlich sei es aber so, „dass über künftige Regelungen verhandelt wird. **„Es gilt der Bestandsschutz“.***

Für Ex-Bundespräsident Christian Wulff gilt nach **20 Monaten (!)** Amtszeit laut CDU für dessen „Arbeitsvertrag“ **Bestandsschutz**,

für Arbeitnehmer, die wie in meinem Fall vor mehr als **20 Jahren (!)** auf Empfehlung der Politik einen Versicherungsvertrag geschlossen hatten, **gilt aber kein Bestandsschutz!**

D. h. für uns Bürger per Gesetz die Aberkennung von Bürgerrechten!

Wenn die Aussage *„Grundsätzlich sei es aber so, dass über künftige Regelungen verhandelt wird“* Allgemeingut für Politiker ist, dann muss die Frage gestellt und auch beantwortet werden, weshalb wird von Politikern bei Inhabern von Direktversicherungsverträgen, deren Vertragsbeginn viele Jahre vor Inkrafttreten des GMG<sup>1</sup> liegen, dieses Rückwirkungsverbot bewusst außer Kraft gesetzt?

**Mit dieser Ungleichbehandlung untergräbt der Gesetzgeber seine Glaubwürdigkeit.**

*Nur aus Glaubwürdigkeit erwächst Vertrauen“*

Zitat Wulff in „Forum Loccum“, Nr. 1/Februar 2005

<sup>1</sup> Gesundheitsmodernisierungsgesetz zum 01.01.2004

Aktuell:

[http://nachrichten.t-online.de/ehrensold-fuer-christian-wulff-soll-auf-217-000-euro-steigen/id\\_58874106/index](http://nachrichten.t-online.de/ehrensold-fuer-christian-wulff-soll-auf-217-000-euro-steigen/id_58874106/index)

### **Ehrensold für Christian Wulff soll auf 217.000 Euro steigen**

„(21.08.2012) Ex-Bundespräsident Christian Wulff kann sich über eine deutliche Erhöhung seiner Pension freuen. Nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung steigt der sogenannte Ehrensold des früheren Staatsoberhauptes um rund 18.000 Euro im Jahr. Das gehe aus dem Haushaltsplan für das kommende Jahr hervor.

... Das Bundespräsidialamt bestätigte der Zeitung, dass die Erhöhung auch für die früheren Amtsinhaber **wie den nach nur 20 Monaten (!) Amtszeit im Februar zurückgetretenen Wulff gilt.**“

Das bedeutet:

Herr Wulff erhält nach nur 20 Monaten Amtszeit eine monatliche Pensionserhöhung von 1.500 Euro. Für viele Rentner eine Traumsumme, die diesen Betrag nach 520 Beitragsmonaten (!) noch nicht einmal als Rente erhalten. Hier stellt sich die Frage nach der Moral, denn die o.g. Bezüge von Herrn Wulff sind ja additiv zu seinen früheren Pensionsansprüchen zu sehen.

Anmerkung:

Ich habe keinen Sozialneid. In unserem „Sozialstaat“ gehen inzwischen aber alle Maßstäbe verloren.

Bei Bürgern, die „auf Empfehlung des Staates“ mit Beiträgen aus dem Privatvermögen, u. a. mit Weihnachts- und Arbeitslosengeld (!) sowie BfA-Rente (!) in eine Direktversicherung – hier ohne Arbeitgeberanteil – einzahlen, werden wie in meinem Fall nach 21 Jahren Vertragsdauer bestehende Verträge vom Gesetzgeber aufgekündigt mit der Auflage, sogar auch noch rückwirkend 17,5% an die GKV zu zahlen (war nie Vertragsbestandteil). Dass dies einer Kapitalvernichtung gleichkommt, interessiert unsere Politiker nicht im geringsten, sind sie doch ohne eigene Beiträge für ihre Altersversorgung auf Steuerzahlerkosten bestens versorgt – siehe Wulff!

Und das, obwohl Herr Wulff vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten noch dafür eingetreten war, die Höhe des Ehrensoldes zu reduzieren.

Rhein-Main-EXTRA TIPP vom 11.03.2011 ...

**Besser nicht gesagt!**

„Ich denke, da muss ein Zeichen gesetzt werden. Das wird man verändern müssen.“

In der ZDF-Sendung „Was nun, Herr Wulff“ am 21. Juni 2010 befragte das ZDF Wulff kurz vor seiner Wahl zum Staatsoberhaupt. Auf die Frage zur Vergütung sagte Wulff damals nicht nur den Satz oben, sondern er ergänzte auf Nachfrage:

„Dass man dort Abstriche vornimmt.“ Und er betonte, dass er finanzielle Abstriche meinte.



„Ich denke, da muss ein Zeichen gesetzt werden. Das wird man verändern müssen.“

In der ZDF-Sendung „Was nun, Herr Wulff“ am 21. Juni 2010 befragte das ZDF Wulff kurz vor seiner Wahl zum Staatsoberhaupt. Auf die Frage zur Vergütung sagte Wulff damals nicht nur den Satz oben, sondern er ergänzte auf Nachfrage: „Dass man dort Abstriche vornimmt.“ Und er betonte, dass er finanzielle Abstriche meinte.

Erinnert auch an ein berühmtes Zitat von Konrad Adenauer ...

### **Vertrauensschutz**

Positionspapier der SPD vom 27.03.2012 zur Reform der Pflegeversicherung:

[http://www.spd-soe.de/uploads/media/2012\\_03\\_27\\_Orientierungspapier\\_Reform\\_Pflegeversicherung\\_SPD\\_Bund.pdf](http://www.spd-soe.de/uploads/media/2012_03_27_Orientierungspapier_Reform_Pflegeversicherung_SPD_Bund.pdf)

Dort liest man auf Seite 32 „**Vertrauensschutz ist uns wichtig**“, und auf der Seite zuvor werden „**Grundprinzipien**“ eingefordert.

Nachtrag:

Unter 3.1.1 (Seite 13, Ende vorletzter Absatz) fordern die SPD ausdrücklich:

**„Es muss Bestandsschutz für diejenigen gelten, die ihre Leistungsansprüche nach den alten Regelungen bekommen.“**

Fazit:

Die SPD fordert ausdrücklich für die Pflegeversicherung **Bestandsschutz für Altverträge**.

Ca. sechs Millionen Arbeitnehmern einer Direktversicherung wurden mit dem GMG aber für deren Altverträge das Rechtsstaatsprinzip „pacta sunt servanda“ aberkannt.

**Weshalb wird von der Gesetzgebung mit zweierlei Maß gemessen?**

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

mit Bezug auf mein Schreiben vom 09.08.2012 bitten wir Betroffenen einer Direktversicherung Ihre ganze Autorität dafür einzusetzen, dass der Gesetzgeber Bestands- und Vertrauensschutz nicht nur für sich selbst in Anspruch nimmt, sondern auch den Bürgern gewährt, die nicht dem Staat „auf der Tasche“ liegen, sondern in eigener Verantwortung für ihren Lebensabend vorsorgen wollten. Statt Belohnung für Konsumverzicht und Eigenverantwortung wird der gutgläubige Bürger dafür auch noch bestraft. War das die gewünschte Motivation zur Eigenvorsorge?

Für Altverträge einer Direktversicherung bitten wir den Gesetzgeber unverzüglich um Korrektur, es hat in Gleichbehandlung vorgenannter Beispiele (und der im Betreff genannten Schreiben) der **Bestands-, Vertrags- und Vertrauensschutz** zu gelten. Alles andere ist mit von der Politik für sich selbst geforderten rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar.

Schließen möchte ich mit folgenden Zitaten:

*„Politik braucht Maßstäbe, die nicht aus dem politischen Handeln selber kommen. Politik braucht ethische Maßstäbe, die aus Überzeugungen kommen, die über den Tag hinausweisen.“*

(Wulff im September 2011 in Krakau)

*„Vertrauen ist unersetzlich, es ist schwer zu erreichen, aber leicht zu zerstören. (...) Auf Vertrauen kommt es an. Wir müssen ehrlich miteinander und mit uns selbst sein.“*

(Wulff im August 2011 vor Wirtschafts-Nobelpreisträgern in Lindau)

*„Die Grundsätze der tiefen Achtung vor dem Recht sind in allen Republiken unentbehrlich, sie gelten für alle, und man kann von vornherein sagen, dass da, wo sie fehlen, die Republik bald verschwunden sein wird.“*

(Alexis de Tocqueville, französischer Publizist, Politiker und Historiker – Zitiert auf der Homepage des damaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff).

Christian Wulff sprach in seiner Eigenschaft als Bundespräsident nur das aus, was für uns Bürger schon immer selbstverständlich ist: **„Ehrlichkeit und Vertrauen“**, **„Achtung vor dem Recht“**.

Würden diese ethischen Maßstäbe für alle Politiker gelten, dann ...

- wäre das GMG in dieser Form nie zustande gekommen (siehe BT-Drucksache 15/2472 vom 11.02. 2004),
- müssten sich nicht Millionen betroffene Bürger 10 Jahre lang monatlich „grün und blau“ ärgern über ungerechtfertigt abgebuchte Krankenkassenbeiträge, die aus Vertragsbruch entstanden!
- hätten Menschen, die sich stellvertretend für die Masse der Betroffenen gegen diese Ungerechtigkeit wehren, mehr Lebensqualität; müssten nicht über Jahre hinweg Briefe an unsere Volksvertreter schreiben mit der frustrierenden Erfahrung, dass man uns partout die Antworten auf gestellte Fragen verweigert!
- müssten sich Rentner mit geringem Einkommen nicht drastisch einschränken, denn der nicht eingeplante erzwungene Zusatzbeitrag (wie in meinem Fall) in Höhe von 100 Euro bei einer Rentenhöhe von 800 Euro ist nicht mehr zumutbar (!) und hat entgegen der Meinung des BVerfG´s für mich sehr wohl eine erdrosselnde Wirkung.

Ob unsere Abgeordneten bei der Verabschiedung des GMG an vorgenannte Punkte gedacht hatten?

Die Gedanken unserer Politiker sind nur noch geprägt „Wie retten wir die maroden EU-Länder (die aufgrund geschöner Bilanzen hätten nie in die Währungsunion aufgenommen werden dürfen), aber nicht mehr ...

„Wie retten wir unsere eigenen Bürger!“ Die dürfen nur noch zahlen, zahlen und nochmals zahlen. Hier passt die treffende Aussage unseres Bundesverfassungsgerichts von der „erdrosselnden Wirkung“.

Inzwischen müssen wir Bürger uns an neue Zahlendimensionen gewöhnen. Waren bis vor wenigen Jahren „Millionen“ für das „einfache Volk“ noch halbwegs begreifbare Summen (Hilmar Kopper als ehemaliger Chef der Deutschen Bank sprach im Zusammenhang mit der Pleite des Baulöwen Schneider von „Peanuts“), stoßen wir heute mit den Begriffen „Milliarden“ und „Billionen“ in unvorstellbare Dimensionen.

Jetzt werden Sie mit Sicherheit denken: „Weshalb regen sich Bürger in Anbetracht dieser Summen dann noch über einen Betrag von 100 Euro auf?“

Bleibt nur noch die Frage ...

ob Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, diese Zeilen je zu Gesicht bekommen?

Unser Land braucht Politiker mit Vorbildfunktionen.

Wir Bürger wünschen uns, dass Politiker zu dem stehen, was sie sagen.

*„An ihren Taten – und nicht an ihren Worten – sollt ihr sie erkennen!“*

Fortsetzung siehe mein Schreiben an Sie vom 01.09.2012.

Mit freundlichen Grüßen

*gez.*

*Edeltraud Debusmann*

Mitglied im Arbeitskreis „GMG-geschädigte DV-Versicherte“

Kopie an:

Prof. Dr. Wulff, Seniorenunion Deutschland,

alle Mitglieder „Arbeitskreis GMG-geschädigte DV-Versicherte“.

**Einschreiben mit Rückschein**

Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Betreff: **Bundestagswahl 2013 – Bundestagswahl 2013 – Bundestagswahl 2013**

Bezug: Mein Schreiben an Sie vom 09.08. und 31.08.2012

**Politik muss verlässlich sein ...**

**Verträge sind einzuhalten – Bestandsschutz – Vertrauensschutz**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,  
erlauben Sie mir bitte noch den Hinweis auf folgende Fakten:

Das Thema „Rückwirkende Verbeitragung einer Direktversicherung ab dem 01.01.2004 ohne Bestands- und Vertrauensschutz“ beherrscht wie kein anderes das Internet.

Ich habe mir die Zeit genommen, nur auf einer einzigen URL, hier [www.altersdiskriminierung.de](http://www.altersdiskriminierung.de) die dortigen Einträge in der Zeit vom 02.01.2008 bis zum 22.08.2012 aufzulisten (siehe Anhang).

Dort finden Sie viele Einträge von Einzelschicksalen, zum Teil verzweifelten Menschen, die in Treu und Glauben auf Empfehlung des Gesetzgebers eine Direktversicherung abgeschlossen hatten, aber nie auf die Idee kamen, dass eine rot/grüne Bundesregierung eines Tages die unglaubliche Festlegung trifft, die Millionen Arbeitnehmern ihrer Rechte auf Bestands- und Vertrauensschutz sowie Vertragstreue beraubt und deren Lebensplanung nachhaltig zerstört. Insbesondere, wenn ...

- Einzahlungen ohne Arbeitgeberanteil aus dem Privatvermögen, resultierend aus Gehalts-umwandlung (z.B. Weihnachtsgeld), danach wie in meinem Fall aufgrund Firmeninsolvenz weitere Einzahlungen aus Arbeitslosengeld und BfA-Rente seitens des Gesetzgebers ab dem 01.01.2004 als „eine der Rente vergleichbare Einnahme“ deklariert wird,
- „Einmalzahlung“ und „Rentenwahlrecht ist ausgeschlossen“ vertraglich vereinbart wurde.

Mit logischem Menschenverstand betrachtet ist das einfach absurd.

Wenn Sie der Meinung sind ...

„es kann nicht sein, was nicht sein darf“,

unterstützt mit der Aussage des Bundestagsabgeordneten Thomae (FDP), selbst Mitglied im Petitionsausschuss (\*\*),

*„dass die Bürger nichts anderes erwarten könnten, da es sich ja im Petitionsausschuss um die gleichen Abgeordneten handele, die das GMG-Gesetz beschlossen hätten“,*

dann haben wir als rechtschaffende Bürger, die für sich selbst vorsorgen wollten, keine Chance auf Gehör. Dann darf die Politik sich aber nicht wundern, wenn Wutbürger und Politikverdrossenheit bei der nächsten Bundestagswahl weiter zunehmen werden.

Offenbach Post vom 16.08.2012

## CDU gibt sich vertragstreu

Ausschuss tagt zu Islamunterricht

Von Petra Wettlaufer-Pohl

Günter Schork kontierte, es sei „zulässig, kritische Fragen

In unserer Tageszeitung bekräftigt ein Ausschuss zum Islamunterricht:  
CDU gibt sich vertragstreu.

In Verbindung zu der Aussage von Ex-Bundespräsident Wulff ...

„Der Islam gehört zu Deutschland“

bekommt vorgenannte Vertragstreue für die eigenen Bürger ein besonderes Gewicht. Da man den Betroffenen einer Direktversicherung die Vertragstreue verweigert, gehören wir demnach nicht mehr zu Deutschland.

Das eigene Volk wird benachteiligt. Das ist bitter, das tut weh!

Für wie leidensfähig halten Sie Menschen, die aufgrund politischer Appelle zur privaten Altersversorgung und im Vertrauen auf das staatliche Angebot „Direktversicherung“ diese anstatt der sonst üblichen Lebensversicherung abgeschlossen hatten?

Erst recht, wenn überwiegend oder gar ausschließlich vom Arbeitgeber zusätzlich zum Gehalt Beiträge in eine Lebensversicherung gezahlt wurden und diese vom Steuerpflichtigen im Rahmen der begrenzt abzugsfähigen Sonderausgaben im Einkommensteuerrecht auch noch geltend gemacht werden konnten?

Im Prinzip ist dies eine betriebliche Altersversorgung, aber nicht die aus meinem Privatvermögen bezahlte, wie der Gesetzgeber dies heute interpretiert.

Im Terminbericht BSG 23/10 vom 07.05.2010 heißt es u.a.:

*„Allein der Umstand, dass eine Leistung der Altersversorgung dient (hier zusätzliche Zahlungen des Arbeitgebers zum Gehalt), was bei Kapitallebensversicherungen regelmäßig der Fall sein dürfte, rechtfertigt es nicht, diese Leistung als betriebliche Altersversorgung anzusehen.“*

Was ist das nur für eine Rechtsprechung?

**Gewinner sind die Arbeitgeber** (siehe <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=4121>)  
**und Versicherungsgesellschaften,**

**klare Verlierer sind die Schwächsten im Glied, hier die „nichts ahnenden“ Arbeitnehmer.**

Die Aussage seitens Politik und BVerG ...

*„Der Gesetzgeber ist von verfassungswegen berechtigt, jüngere Krankenversicherte von der Finanzierung des höheren Aufwands für die Rentner zu entlasten und die Rentner entsprechend ihrem Einkommen verstärkt zur Finanzierung heranzuziehen“,* veranlasst mich folgende Frage zu stellen:

Sowohl die privat Versicherten (die keine Beiträge entrichten müssen) als auch die Arbeitnehmer, deren betriebliche Altersversorgung **vom AG als zusätzliche Leistung** in eine LV einbezahlt wurden, haben Kinder („jüngere Krankenversicherte“), die als Berufseinsteiger i.d.R. zunächst in der GKV versichert sind. Wo bleibt die „verstärkte Heranziehung“ elternseits „entsprechend deren Einkommen“?

Wo bleibt der Gleichheitsgrundsatz?

Es ist nicht hinnehmbar, dass der Gesetzgebers Verträge einseitig abändert, nur um den Lobbyisten die Taschen voll zu stopfen, von den Arbeitnehmern aber erwartet, dass wir die Gürtel enger schnal-len!

In der FAZ vom 31.07.2012 schreibt Prof. Dr. Horst Dreier (der Verfasser lehrt Rechtsphilosophie, Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Würzburg) unter dem Titel ...

„Recht und Willkür unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung“ u.a.:

„... Wenn das Recht als Instrument zur Regelung von Konflikten dienen, wenn es Erwartungssicherheit garantieren und wenn es das Zusammenleben der Menschen in Freiheit und Gleichheit ermöglichen soll, ...

**dann kann es diese fundamentalen Aufgaben nur erfüllen, wenn die Gesetze und ihre Anwendung nicht auf Willkür, sondern auf Verlässlichkeit, auf Berechenbarkeit angelegt sind und nicht als Spiel eines blinden Zufalls erscheinen“.**

Bei der Direktversicherung sind dem Gesetzgeber die Begriffe zu „Verlässlichkeit und Berechenbarkeit“ abhanden gekommen.

In der Offenbach Post vom 15.08.2012 ist zu lesen:

## Ministerin pokert hoch

Ursula von der Leyen will die Zuschussrente unbedingt durchsetzen

**BERLIN** • Arbeitsministerin von der Leyen will Geringverdienern und Frauen mit ihrer Zuschussrente etwas Gutes tun. Gegen alle Widerstände und Kritik. An die Durchsetzung des Vorhabens hat sie sogar ihr politisches Schicksal geknüpft. Zumindest indirekt.

Gerade erst hat sie bei ihrem Rentenpaket eine Verknüpfung gelöst und Rentenbeitragsenkung und Zuschussrente wieder getrennt. Da gibt es schon die nächste Verknüpfung: Ursula von der Leyen bindet ihre politische

unsauber. Wenn überhaupt, darf die Zuschussrente - die Niedrigrenten auf maximal 850 Euro monatlich aufstocken soll - aus FDP-Sicht nur aus Steuergeldern finanziert werden.

Von der Leyens Modell sieht dagegen einen Finanzierungs-Mix vor. Sie will mit der Zuschussrente späteren Kleinrentnern den Gang zum Sozialamt ersparen. Dazu hat sie hohe Hürden aufge-

gefressen reagierten die Spitzenliberalen. Eingeweihte räumten anschließend ein, dass das Gesamtpaket aus Zuschussrente und Beitragsatzsenkung nur mit den Experten in der Union abgestimmt war.

Die bislang erfolgsgewohnte Bundesarbeitsministerin muss sich auf eine schwere Wegstrecke einstellen. Die Zeit drängt, denn die FDP will das Projekt erst mal in Ruhe prüfen. Und so

nicht sicher. Von der Leyen hofft aber auf die Rückendeckung der Kanzlerin. Angela Merkel hat schon Sympathie für Zuschussrente und Beitragsatzsenkung signalisiert.

Opposition, Gewerkschaften und Sozialverbände wollen freilich keine Ruhe geben. Sie halten das ganze Konzept für untauglich. „Die Rentenpläne der Bundesregierung sind im Kampf gegen die Altersarmut untauglich. Insbesondere die Zuschussrente hält nicht, was sie verspricht. Sie wird den absehbaren Anstieg der Armut im Al-

„Ich stehe dafür gerade, dass hier etwas passiert“

Die Ministerin verteidigt ihr Werk mit dem Hinweis, die Bekämpfung der Altersarmut sei ein Auftrag des Koalitionsvertrages - und den nehme sie ernst. „Sinkendes Rentenniveau und mangelnde Privatvorsorge zwingen uns jetzt nachzusteuern“, sagte sie in einem Zeitungsinterview. Fest stehe, dass in Folge der Rentenreformen von 2001 das Rentenniveau um 17 Prozentpunkte auf nur noch 43 Prozent im Jahr 2030 sinke. „Für eine Floristin mit Tariflohn 1300 Euro ist das trotz jahrzehntelanger Arbeit weniger als die Grundsicherung.“ - dpa

... Die Ministerin verteidigt ihr Werk mit dem Hinweis, „die Bekämpfung der Altersarmut sei ein Auftrag des Koalitionsvertrages – und den nehme sie ernst. Sinkendes Rentenniveau und mangelnde Privatvorsorge zwingen uns jetzt nachzusteuern“.

Fazit:

Wer seitens der Politik **mangelnde Privatvorsorge** bemängelt, muss sich auch nach den Gründen hierfür befragen lassen. Wer im Arbeitsleben zukünftiger Altersarmut vorbeugen wollte und dafür wie ich über 20 Jahre lang (!) auf Einkommen, somit auf Konsum verzichtet hatte – nur um dem Staat nicht zur Last zu fallen, wird vom Gesetzgeber dafür auch noch bestraft. Und da erwartet man allen Ernstes, dass sich Bürger noch für eine ergänzende Altersvorsorge stark machen?

Erst Bürger zur eigenverantwortlichen Altersvorsorge animieren, um später „abzukassieren“, ist eine unglaubliche Brüskierung, die bei den Betroffenen tiefe Narben hinterlässt und bei Kindern und Enkel, im Freundes- und Bekanntenkreis das Gesprächsthema „Verlässlichkeit der Politik!“ immer ein aktueller Gesprächsstoff bleiben wird.

Mit der Festschreibung im GMG, sogar auch die Altverträge rückwirkend zu belasten, in langjährig bestehende Verträge einzugreifen, Bestands- und Vertrauensschutz auszuhebeln, wurde vom Gesetzgeber unendlich viel Vertrauen verspielt.

Da selbst vom Bundesverfassungsgericht – wo das Vorschlagsrecht für die Richter/innen bei den Parteien liegt und somit überwiegend ehemalige, der Regierung „wohlgesonne“ Politiker in dieses Amt berufen werden – elementare Grundsätze wie „Bestands- und Vertrauensschutz“ mit für die Bürger unverständlichen Formulierung außer Kraft gesetzt wurden, konnten wir Betroffenen nichts anderes erwarten, als dass dem Gesetzgeber „der Rücken“ gestärkt wurde.



Nachdem der Petitionsausschuss mit Schreiben vom 15.03.2012 in einem Serienbrief allen 398 Petenten die Beschlussempfehlung bekannt gab, die Petitionen abzuschließen und mit keinem Wort auf die vielen vorgebrachten Fakten und Argumente der Petenten eingegangen ist (diese wurden einfach ignoriert, als würden sie gar nicht existieren – (\*) siehe Seite 1), bleibt uns Betroffenen jetzt nur noch die Chance, dass der Gesetzgeber in Gestalt seiner verantwortlichen Politiker, **die für sich selbst und andere** (Griechenland, Portugal, Spanien, Italien u.a.) zu jeder sich bietenden Gelegenheit fordern, „**Verträge sind einzuhalten**“, sich seiner Verantwortung der gesprochenen Worte bewusst wird und den eigenen Bürgern gleiches Recht einräumt.

Deshalb unsere Forderung **an alle Parteien** für die Bundestagswahl 2013, mit Bezug auf die BT-Drucksache 15/2472 der FDP vom 11.02.2004, ...

**Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen**

(die Begründung ist hierzu so umfassend, stichhaltig und einleuchtend, dass der mit einem gesunden Menschenverstand lesende Bürger nie auf die Idee gekommen wäre, dass Abgeordnete dieser Empfehlung nicht folgen)

vorgenannten Antrag in ihr Wahlprogramm mit nachfolgendem Aspekt für die sie wählenden Bürger aufzunehmen:

- 1) Vertrauen in politische Entscheidungen wieder herstellen,
- 2) Vertragstreue garantieren,
- 3) Bestandsschutz gewähren,
- 4) Vertrauensschutz akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen

*gez.*

*Edeltraud Debusmann*

Mitglied im Arbeitskreis „GMG-geschädigte DV-Versicherte“

Fortsetzung siehe mein Schreiben an Sie vom 03.09.2012.

Verteiler:

alle Mitglieder „Arbeitskreis GMG-geschädigte DV-Versicherte“.

Anlage:

Einträge zum Thema „Direktversicherung“ bei [www.altersdiskriminierung.de](http://www.altersdiskriminierung.de)

Direktversicherung ...

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/>

02.01.08	artikel.php?id=2364	Muss ich mir das bieten lassen?
02.01.08	artikel.php?id=2426	Es hat mich fast umgehauen
06.02.08	artikel.php?id=2430	Krankenkasse will 16,1%
06.08.08	artikel.php?id=2428	Was ist mit Eigenanteilen?
19.02.08	artikel.php?id=2449	Krankenkasse will 10 Jahre Beitrag
11.03.08	artikel.php?id=2479	Ist das noch gerecht?
18.03.08	artikel.php?id=2494	Was ist mit eigenen Beiträgen?
20.03.08	artikel.php?id=2493	Ich gehe bis zum EuGH
20.03.08	artikel.php?id=2491	Vertrauensschutz futsch
26.03.08	artikel.php?id=2499	Krankenkassenwechsel lohnt
31.03.08	artikel.php?id=2506	Für 2 Versicherungen zahlen
13.05.08	artikel.php?id=2569	Das ist Rechtsstaatlich
17.05.08	artikel.php?id=2576	Rechtsverständnis ist dahin
27.05.08	artikel.php?id=2595	Firma hat nur fünf Jahre gezahlt
23.06.08	artikel.php?id=2654	Abgeschlossene Verträge wertlos
27.08.08	artikel.php?id=2737	Seit 94 keine Beiträge gezahlt
08.10.08	artikel.php?id=2789	Arglistige Täuschung
20.10.08	artikel.php?id=2809	KV-Beitrag frißt Rendite
28.11.08	artikel.php?id=2855	KK-Pflicht für alle?
15.12.08	artikel.php?id=2877	Privatversicherte bevorzugt
03.01.09	artikel.php?id=2923	Gericht behandelt Bürger ignorant
13.01.09	artikel.php?id=2915	Geld versaufen, gibt Kater
16.02.09	artikel.php?id=2949	Rot-Grüne Regierung ungerecht
23.02.09	artikel.php?id=2962	Krankenkasse profitiert
23.03.09	artikel.php?id=2989	16.000 € für Krankenkasse
09.04.09	artikel.php?id=3005	Das kann doch nicht wahr sein!
16.06.09	artikel.php?id=3091	Private Altersvorsorge hat keinen Sinn mehr
18.06.09	artikel.php?id=3094	Noch eine Klage anhängig_ADG
23.07.09	artikel.php?id=3155	15,5% für GKV - Vollstreckung
05.10.09	artikel.php?id=3301	10 Jahre KV-Beitrag
20.11.09	artikel.php?id=3374	Frau Lorenzi lässt nicht locker
02.12.09	artikel.php?id=3388	Zerstörung der Sozialsysteme durch Schwarz/Gelb
07.12.09	artikel.php?id=3408	Aktion! Betroffene gesucht
23.12.09	artikel.php?id=3566	Unverschämtheit
17.02.10	artikel.php?id=3514	17% des Auszahlungsbetrags weg
04.03.10	artikel.php?id=3552	Kampf um zuviel gezahlte Beiträge
08.04.10	artikel.php?id=3598	Verfassungsbeschwerde
20.04.10	artikel.php?id=3619	Abgeordnete diskriminierten
29.04.10	artikel.php?id=3634	Das soll RECHT sein?
05.05.10	artikel.php?id=3647	KV-Beiträge unverständlich
30.05.10	artikel.php?id=3668	Überschüsse KV-pflichtig?
22.06.10	artikel.php?id=3727	Petition Direktversicherung_Dr.Stoltz
28.06.10	artikel.php?id=4734	1 Leitpetition + 44 Mehrfachpetitionen
23.07.10	artikel.php?id=3776	Krankenkassen sacken ein_De
22.09.10	artikel.php?id=3869	Ungleichbehandlung
28.09.10	artikel.php?id=3936	Teilerfolg beim Verfassungsgericht
21.10.10	artikel.php?id=3938	Jeden Monat 38 Euro weniger
27.10.10	artikel.php?id=3953	Offener Brief an Petitionsausschuss_De
23.11.10	artikel.php?id=4359	Standardantwort vom PA_Dr.Stoltz
14.12.10	artikel.php?id=4042	KV-Beitrag steigt ebenfalls
18.01.11	artikel.php?id=4099	Direktversicherung ist wie Geld unter Matratze legen

28.01.11	artikel.php?id=4121	Milliardengeschenk für Arbeitgeber_Wutbürger
21.02.11	artikel.php?id=4167	Freiwillig Versicherte - ausgeraubt
05.03.11	artikel.php?id=4186	Betriebsrentner mit Direktversicherungen: Aufgepasst!
15.03.11	artikel.php?id=3961	Das Warten auf die Rückzahlung
02.04.11	artikel.php?id=4233	Direktversicherung Unbegreiflich
28.04.11	artikel.php?id=4263	Schreiben an Petitionsausschuss
03.05.11	artikel.php?id=4268	Betroffene halten still
16.05.11	artikel.php?id=4279	Mittelstand wird Luft abgeschnürt
20.05.11	artikel.php?id=4304	Vertragsbruch
07.06.11	artikel.php?id=4391	Finanzieller Einschnitt
08.06.11	artikel.php?id=4336	Direktversicherung und ZDF-Wiso
09.06.11	artikel.php?id=4337	Direktversicherung und DIE LINKE
17.06.11	artikel.php?id=4362	Frontal 21-Beitrag verschnarcht
06.07.11	artikel.php?id=4412	§ 229 Versorgungsbezüge
15.08.11	artikel.php?id=4463	Antworten auf Beschwerden rar
23.08.11	artikel.php?id=4484	Effektivverzinsung 0,3 %
24.08.11	artikel.php?id=4469	Zornesröte wg. Widmann-Mauz
26.08.11	artikel.php?id=4472	Wieso Beiträge zur Pflegeversicherung?
26.08.11	artikel.php?id=4462	Licht am Ende des Tunnels
27.08.11	artikel.php?id=4480	Bahn-BKK schickt keine Einzelbescheide
20.09.11	artikel.php?id=4490	Rechtsstaat adieu?
04.11.11	artikel.php?id=4556	Direktversicherung Betrug + Trick
25.11.11	artikel.php?id=4580	Auflösung geht nicht
28.11.11	artikel.php?id=4581	Beitrag aus gemeinsamen Vermögen
12.12.11	artikel.php?id=4605	Jeden Monat 121 Euro weniger
15.12.11	artikel.php?id=4610	Direktversicherung 17,7% für KV + PV
22.12.11	artikel.php?id=4551	Neue Petition eingereicht
28.12.11	artikel.php?id=4629	Rendite nur für die, die 100 werden
20.01.12	artikel.php?id=4645	Doppelt geprellt = 7.000 Euro weniger
26.01.12	artikel.php?id=4652	Staat legt uns rein
01.02.12	artikel.php?id=4644	Unendliche Wut!
08.02.12	artikel.php?id=4681	Druck auf Politik nötig
20.02.12	artikel.php?id=4701	Abzocke bei Altersvorsorge
25.02.12	artikel.php?id=4717	Brief an diverse Volksvertreter
29.02.12	artikel.php?id=4712	Behinderte hart betroffen
01.03.12	artikel.php?id=4715	Brief an Ministerin v.d. Leyen_De
02.03.12	artikel.php?id=4709	Petent schreibt an Lammert (1)
08.03.12	artikel.php?id=4733	Brief an MDB Hasselfeldt, CSU_ADG
28.03.12	artikel.php?id=4759	Schwarzer Freitag für Direktversicherte
02.04.12	artikel.php?id=4768	Beschwerden über Petitionsausschuss_De
11.04.12	artikel.php?id=4785	Frontal 21_Wohin mit Überschüssen der Kassen
12.04.12	artikel.php?id=4782	FASSUNGSLOSIGKEIT
16.04.12	artikel.php?id=4784	Brief an TK Vorstand Klusen
19.04.12	artikel.php?id=4797	SPD und Vertrauensschutz
19.04.12	artikel.php?id=4793	Petent schreibt an Lammert (2)
22.04.12	artikel.php?id=4813	Offener Brief an Petitionsausschuss_De
29.04.12	artikel.php?id=4816	Axa + Krankenversicherung verdienen
24.07.12	artikel.php?id=4943	Bereits 9.000 Euro bezahlt
29.07.12	artikel.php?id=4953	Soll 9. 000 € zahlen
01.08.12	artikel.php?id=4958	10 Jahre 127,01 pro Monat
03.08.12	artikel.php?id=4974	Merkel hat ein autokratisches System entwickelt
14.08.12	artikel.php?id=4975	Jeden Monat 150 Euro
15.08.12	artikel.php?id=4982	Schafft`s die Piratenpartei NRW
22.08.12	artikel.php?id=4996	Brief an Kanzlerin Merkel

Edeltraud Debusmann | Otto-Hahn-Straße 7 | 63150 Heusenstamm

**Einschreiben mit Rückschein**

Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Prognose Altersarmut

Aufruf der Bundesregierungen:  
Ergänzende Eigenvorsorge für's Alter

**Erfahrungsbericht  
an unsere Bundeskanzlerin**

als Diskussionsgrundlage im Vorfeld der  
nächsten Bundestagswahl 2013

Betreff: Politik muss verlässlich sein ...

Verträge sind einzuhalten – Bestandsschutz – Vertrauensschutz >> Altersarmut

Bezug: Meine Schreiben an Sie vom 09.08., 31.08. und 01.09.2012

Offenbach Post vom 03.09.2012

## Lebensabend mit Absturz in Sozialhilfe

Armutsrisiko trifft viele künftige Rentner

BERLIN • Das Familienministerium schlägt Alarm: Trotz Vollzeitarbeit droht vielen künftigen Rentnern ein deutlich höheres Armutsrisiko. Neben dem sinkenden Rentenniveau wird eine fehlende Altersvorsorge dafür als Grund genannt. Vor allem gehe es um Grenzeinkommen von 2200 bis 2500 Euro monatlich, machte Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) in einem Brief an die jungen Unionsabgeordneten deutlich und warb für ihre Idee einer Zuschussrente. Diese sieht eine Aufstockung der Rente auf maximal 850 Euro vor. „Es steht nicht mehr und nicht weniger als die Legitimität des Rentensystems für die junge Generation auf dem Spiel“, warnte sie.

Nach Berechnungen des Ministeriums bleibt ab dem Jahr 2030 Arbeitnehmern, die 2500 Euro brutto im Monat verdienen und 35 Jahre Vollzeit gearbeitet haben, nur eine Rente etwa in Höhe der Grundsicherung von 688 Euro. Selbst bei 40 Jahren Beitragszahlung sieht es nicht viel besser aus. Dann müsste der Arbeitnehmer konstant mindestens 2200 Euro im Monat verdienen, um auf einen Rentenanspruch knapp über dem Grundsicherungsbetrag zu kommen.

„Das bedeutet, dass alle, die heute weniger verdienen, mit einer solchen Erwerbsbiografie ohne zusätzliche Altersvorsorge Kandidaten für die Grundsicherung sind“, mahnte von der Leyen in dem Brief. Obwohl das Problem vielen bekannt sei, hätten 40

Prozent der Geringverdiener keine zusätzliche Vorsorge. Das sind 1,8 Millionen Beschäftigte, schreibt die Ministerin. Deshalb müsse es mit der sogenannten Zuschussrente Anreize geben, die strukturellen Probleme der Altersvorsorge für kleine und mittlere Einkommen zu lösen.

In der FDP stoßen diese Pläne auf Ablehnung. „Die gesetzliche Rente muss sich an den eingezahlten lohnbezogenen Beiträgen orientieren. Eine Umverteilung unter den Beitragszahlern verbietet

sich“, sagte FDP-Generalsekretär Patrick Döring „Spiegel“-Online. Bereits jetzt erhalte das Rentensystem mehr als 80 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt. Auch in der CDU gibt es Widerstand. Gesundheitsexperte Jens Spahn sagte: „Wir sollten so ehrlich sein und über den Systemwechsel zu einer steuerfinanzierten Grundrente für alle diskutieren. Der Rest ist dann private Vorsorge.“ Schon jetzt ist beschlossen, dass das Rentenniveau schrittweise von derzeit 51 Prozent auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns vor Steuern sinkt.

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sieht in der Zuschussrente einen völlig falschen Ansatz. „Nur mit allgemein verbindlichen Tarifverträgen und einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn können wir Altersarmut abwenden“, sagte sie der „Bild“-Zeitung. • **dapd**  
→ **Kommentar und Hintergrund Seite 2**

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

inzwischen hat das Thema „Altersarmut“ eine Dimension erreicht, dass auch an Ihnen nicht mehr spurlos vorüber gehen kann. Millionen Arbeitnehmern droht im Alter der Gang zu den Sozialämtern. Normalverdiener mit einem monatlichen Einkommen von 2.500 Euro und die 35 Jahre in Vollzeit gearbeitet haben, erhalten nur eine Rente etwa in Höhe der Grundsicherung von 688 Euro! Laut Prognose ca. 1/3 der Versicherten! Wo steuern wir hin?

Für ein Land, das nicht nur im Vergleich mit den Nachbarn ein wohlhabendes ist, und das sich stolz Sozialstaat nennt, ist das in des Wortes ursprünglicher Bedeutung ein Armutszeugnis.

„... Das bedeutet, dass alle, die heute weniger verdienen, mit einer solchen Erwerbsbiografie ohne zusätzliche Altersvorsorge Kandidaten für die Grundsicherung sind“, mahnte von der Leyen in dem Brief.

Wie steht es mit den Pensionen der Beamten?

„... Obwohl das Problem vielen bekannt sei, hätten 40 Prozent der Geringverdiener keine zusätzliche Vorsorge. Das sind 1,8 Millionen Beschäftigte“, schreibt die Ministerin.

„... Deshalb müsse es mit der sogenannten Zuschussrente Anreize geben, die strukturellen Probleme der Altersvorsorge für kleine und mittlere Einkommen zu lösen.“

Anmerkungen hierzu:

- Als Grund wird u.a. die fehlende Altersvorsorge genannt,
- es müsse Anreize geben, um die strukturellen Probleme der Altersvorsorge zu lösen.

Das Problem kennen wir Bürger bereits seit Jahrzehnten. Der Staat hatte z.B. mit der Direktversicherung „Anreize“ gegeben, und viele vertrauensvolle Bürger fielen darauf herein, denn die angedachte „zusätzliche Altersversorgung“ wurde für die Betroffenen mit dem GMG ab dem 01.01.2004 zum **Kapitalvernichtungsprogramm** mit einer, dem gesunden Menschenverstand zuwider laufenden unfassbaren Ungleichbehandlung.

**Pacta sunt servanda, Bestands- und Vertrauensschutz** wurden mit Füßen getreten. Arbeitnehmer, die Jahrzehnte lang mit Konsumverzicht die Beträge aus Ihrem Nettoeinkommen bezahlt hatten, wurden um ihre Ersparnisse „betrogen (so die einschlägigen Kommentare in den Internetforen)“.

Pacta sunt servanda, Bestands- und Vertrauensschutz gilt nur noch für Politiker, aber nicht mehr für die Bürger dieses Landes. Siehe hierzu meine Schreiben an Sie vom 09.08., 31.08. und 01.09.2012.

**Und da erwartet der Gesetzgeber heute allen Ernstes,  
dass die Menschen dem Staat noch Glauben schenken und vorsorgen sollen?**

Da wir im Arbeitskreis „GMG-geschädigte DV-Versicherte“ uns seit Jahren die „Finger wund schreiben“ mit Briefen an die Vorstände aller im Bundestag vertretenen Parteien, mit deren Bundestagsfraktion, mit dem Bundeskanzleramt, mit dem Bundesministerium für Gesundheit, mit dem Bundestagspräsidenten, mit Bundessozial- und Bundesverfassungsgericht u. a., aber nie eine Antwort auf unsere berechtigten Fragen erhalten, bleibt uns heute aufgrund des aktuellen, beängstigenden Themas für unsere Kinder und Enkelkinder nichts anderes mehr übrig, als unsere Argumente in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Deshalb der umfangreiche Verteiler, damit endlich die „breite Masse“ der Bevölkerung Aufklärung erhält und eine umfassende Diskussion über die Zuverlässigkeit des Staates im Hinblick seiner Angebote „Tut was für euer Alter“ in Gange kommt. Erst Hoffnungen wecken, um dann horrend „abzukassieren“, das kann – und das darf es nicht sein!

Mit freundlichen Grüßen

*gez.*

*Edeltraud Debusmann*

Mitglied im Arbeitskreis „GMG-geschädigte DV-Versicherte“

Fortsetzung siehe mein Schreiben an Sie vom 05.09.2012.

Anlagen:

Meine Schreiben an Sie vom

- 31.08.2012,
- 01.09.2012 und
- 05.09.2012.

Verteiler:

- alle Mitglieder im Arbeitskreis „GMG-geschädigte DV-Versicherte“, an Freunde und Bekannte
- Kooperationspartner Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. – ADG, München; Betriebsrentner e.V. – BRV, Dießen am Ammersee; Bündnis der Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. – BRR; Bönningheim und Büro gegen Altersdiskriminierung, Köln
- Senioren-Union der CDU Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff (Bundesvorsitzender) mit Bezug auf Leserbrief in der Mitgliederzeitschrift 02/2012: „**Kapitalvernichtungsprogramm statt Altersvorsorge**“
- Prof. Dr. Dreier, Universität Würzburg mit Bezug auf FAZ vom 31.07.2012: „**Recht und Willkür unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung**“
- Prof. Dr. Kirchhof, Universität Heidelberg mit Bezug auf: FAZ vom 20.08.2011 „**Kirchhof beklagt Feudalismus „Wir verteilen von Arm zu Reich**“
- Bundesministerin Frau von der Leyen für Arbeit und Soziales, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Bezug auf: ZDF-Sendung mit Maybritt Illner am 06.09.2012: „**Arm im Alter – erst schufteten – dann betteln?**“
  
- Bundestagsfraktion der CDU/CSU
- Bundestagsfraktion der SPD
- Bundestagsfraktion der FDP
- Bundestagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“
- Bundestagsfraktion „Die Linke“
- Bundestagsfraktion „Piraten“
  
- Parteivorstand der CDU/CSU
- Parteivorstand der SPD
- Parteivorstand der FDP
- Parteivorstand „Bündnis 90/Die Grünen“
- Parteivorstand „Die Linke“
- Parteivorstand „Piraten“
  
- Alle Mitglieder „Petitionsausschuss im Deutschen Bundestag“
  
- diverse Medien (ARD, ZDF, RTL, Presse, ...)
  
- diverse Internetforen
  - <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=4715>
  - [http://www.betriebsrentner.de/fileadmin/user\\_upload/Debusmann\\_-\\_Petition\\_Direktversicherung\\_02.09.11.pdf](http://www.betriebsrentner.de/fileadmin/user_upload/Debusmann_-_Petition_Direktversicherung_02.09.11.pdf)
  - [http://www.flegel-g.de/PDF/120809\\_Offener%20Brief%20an%20Bundeskanzlerin\\_LTW.pdf](http://www.flegel-g.de/PDF/120809_Offener%20Brief%20an%20Bundeskanzlerin_LTW.pdf)
  - <http://www.versicherung-in.de/mutig-politiker-beim-wort-nehmen-9653>
  - <http://www.guenter-pilger.de/rentenpolitik.htm#Zusatzrente>
  - <http://www.kruedewagen.de/blog>
  - <http://www.nachdenkerfreunde.de>
  - <http://www.handwerksblatt.de/Handwerk/Mittelstand/Betrieb/6511.html>

– Deutscher Gewerkschaftsbund ... „DGB warnt vor massenhafter Altersarmut“

DGB-Bundesvorstand in Berlin (info.bvv@dgb.de)

Landesverbände:

DGB-Bezirk Baden-Württemberg (info-bw@dgb.de)

DGB Bayern (bayern@dgb.de)

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg (dieter.pienkny@dgb.de)

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen (hessen@dgb.de)

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt (bezirk.nsb-san@dgb.de)

DGB-Bezirk Nord (info.nord@dgb.de)

DGB-Nordrhein-Westfalen (nrw.info@dgb.de)

DGB-Bezirk Sachsen (sachsen@dgb.de)

DGB-Bezirk West ...Rheinland-Pfalz / Saarland (westbezirk@dgb.de)

– Sozialverband VdK Deutschland e.V. ... VDK-Zeitung 09/2012 „Wo steuern wir hin?“

VDK-Bundesvorstand (kontakt@vdk.de)

Landesverbände:

Sozialverband VdK Baden-Württemberg (baden-wuerttemberg@vdk.de)

Sozialverband VdK Bayern (bayern@vdk.de)

Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg (berlin-brandenburg@vdk.de)

Sozialverband VdK Hamburg (hamburg@vdk.de)

Sozialverband VdK Hessen-Thüringen (hessen-thueringen@vdk.de)

Sozialverband VdK Mecklenburg-Vorpommern (mecklenburg-vorpommern@vdk.de)

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen (niedersachsen-bremen@vdk.de)

Sozialverband VdK Nord (nord@vdk.de)

Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (nordrhein-westfalen@vdk.de)

Sozialverband VdK Rheinland-Pfalz (rheinland-pfalz@vdk.de)

Sozialverband VdK Saarland (saarland@vdk.de)

Sozialverband VdK Sachsen (sachsen@vdk.de)

Sozialverband VdK Sachsen-Anhalt (sachsen-anhalt@vdk.de)

– Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)

Bundesgeschäftsstelle Berlin (contact@sozialverband.de)

Landesverbände:

SoVD-Baden-Württemberg (info@)sovd-bawue.de)

SoVD-Bayern (info@sovd-by.de)

SoVD-Bremen (info@sovd-hb.de)

SoVD-Berlin-Brandenburg (contact@sovd-bbg.de)

SoVD-Hessen (info(at)sovd-he.de)

SoVD-Hamburg (info@sovd-hh.de)

SoVD-Niedersachsen (info@sovd-nds.de)

SoVD-Mecklenburg-Vorpommern (info@sovd-mv.de)

SoVD-Rheinland-Pfalz/Saarland (info@sovd-rlp-saarland.de)

SoVD-Nordrhein-Westfalen (info@sovd-nrw.de)

SoVD-Sachsen-Anhalt (info@sovd-sa-anh.de)

SoVD-Sachsen (info@sovd-sa.de)

SoVD-Thüringen (info@sovd-thue.de)

SoVD-Schleswig-Holstein (info@sovd-sh.de)

– Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Gesamtverband e. V. (info@paritaet.org)

Landesverbände:

Baden-Württemberg (info@paritaet-bw.de)

Bayern (info@paritaet-bayern.de)

Berlin (info@paritaet-berlin.de)

Brandenburg (info@paritaet-brb.de)

Bremen (info@paritaet-bremen.de)

Hamburg (info@paritaet-hamburg.de)

Hessen (info@paritaet-hessen.org)

Mecklenburg-Vorpommern (info@paritaet-mv.de)

Niedersachsen (landesverband@paritaetischer.de)

Nordrhein-Westfalen (mail@paritaet-nrw.org)

Rheinland-Pfalz/Saarland (info@paritaet-rps.org)

Sachsen (paritaet.sachsen@parisax.de)

Sachsen-Anhalt (info@paritaet-lsa.de)

Schleswig-Holstein ()

Thüringen (cstadali@paritaet-th.de)

– Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (info@zdh.de)

– AWO Bundesverband e.V. (info@awo.org) mit der Bitte um interne Weiterverteilung

– Attac Deutschland (info@attac.de) mit der Bitte um interne Weiterverteilung



Edeltraud Debusmann  
Otto-Hahn-Straße 7

Heusenstamm, den 05.09.2012  
Telefon: (06104) 6 76 17  
e-Mail: ES-63150@t-online.de

Edeltraud Debusmann | Otto-Hahn-Straße 7 | 63150 Heusenstamm

**Einschreiben mit Rückschein**

Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1

Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP):  
„Im Zweifel müssten wir das Gesetz ändern“

10557 Berlin

Betreff: **Überschüsse der Krankenkassen**

„Im Zweifel müssten wir das Gesetz ändern“

Bezug: Meine Schreiben an Sie vom 09.08., 31.08., 01.09. und 03.09.2012

Offenbach Post vom 03.09.2012

## Überschüsse der Kassen wachsen

**BERLIN** • Die gesetzliche Krankenversicherung hat ihre Rücklagen weiter ausgebaut. Im zweiten Quartal dieses Jahres lagen die Einnahmen um 2,7 Milliarden Euro über den Ausgaben, berichtet der „Spiegel“ unter Berufung auf die interne Finanzschätzung der Kassen. Der Überschuss im Gesundheitsfonds und bei den einzelnen gesetzlichen Krankenkassen sei damit auf 22 Milliarden Euro gestiegen. Angesichts dieser Überschüsse forderte Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) die gesetzlichen Kassen erneut auf, Prämien an ihre Mitglieder auszuschütten. Man werde es nicht zulassen, dass sie Geld bunkern. „Wir könnten sie notfalls zwingen, Beitragsgelder zurückzuzahlen“, sagte Bahr. „Im Zweifel müssten wir das Gesetz ändern.“ • dpa

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

„Die gesetzliche Krankenversicherung hat ihre Rücklagen weiter ausgebaut. Im zweiten Quartal dieses Jahres lagen die Einnahmen um 2,7 Milliarden Euro über den Ausgaben, berichtet der „Spiegel“ unter Berufung auf die interne Finanzschätzung der Kassen. Der Überschuss im Gesundheitsfonds und bei den einzelnen gesetzlichen Krankenkassen sei damit auf 22 Milliarden Euro gestiegen.“

Anmerkung:

Diese Überschüsse beruhen zum Großteil aus den seit 01.01.2004 unter Vertrauensbruch zustande gekommenen Beiträgen aus den Direktversicherungen, wie Sie aus meinen im Bezug genannten Schreiben ausführlich entnehmen können.

*Angesichts dieser Überschüsse forderte Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) die gesetzlichen Kassen erneut auf, Prämien an ihre Mitglieder auszuschütten. Man werde es nicht zulassen, dass sie Geld bunkern. „Wir könnten sie notfalls zwingen, Beitragsgelder zurückzuzahlen“, sagte Bahr. „Im Zweifel müssten wir das Gesetz ändern“.*

Anmerkung:

Wenn die Bundesregierung bereits den Gedanken „Im Zweifel müssten wir das Gesetz ändern“ in Erwägung zieht, dann korrigieren Sie bitte das GMG dahingehend, dass den erdrückenden Argumenten aller Petitionen zum Thema „Direktversicherung“ und der BT-Drucksache 15/2472 der FDP vom 11.02.2004, ...

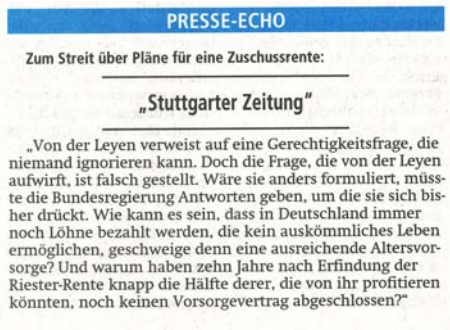
**Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen**

Rechnung getragen und die „kalte Enteignung“ rückgängig gemacht wird, ...

dass sich der Gesetzgeber seiner ständigen Mahnung an Andere,

„Verträge sind einzuhalten – Bestandsschutz – Vertrauensschutz“, erinnert und diese für sich selbst zu jeder Gelegenheit reklamierten Rechte auch endlich den Bürgern zugesteht.

Offenbach Post vom 03.09.2012



*„Von der Leyen verweist auf eine Gerechtigkeitsfrage, die niemand ignorieren kann.“*

Anmerkung:

Ist es gerecht, wenn der Gesetzgeber meine über 20 Jahre lang aus dem **Privatvermögen** gezahlten Beträge in eine Direktversicherung (hier ohne AG-Anteil) nach Auszahlung ...

„als eine der Rente vergleichbare Einnahme“ deklariert,

die vom AG für seine Mitarbeiter jedoch zusätzlich zum Lohn/Gehalt in eine Lebensversicherung laut BSG-Urteil „keine Leistung der betriebliche Altersversorgung“ ist?

*„... Doch die Frage, die von der Leyen aufwirft, ist falsch gestellt  
... Und warum haben zehn Jahre nach Erfindung der Riester-Rente knapp die Hälfte derer, die von ihr profitieren könnten, noch keinen Vorsorgevertrag abgeschlossen?“*

Anmerkung:

Die „Gerechtigkeitsfrage“ ist schon richtig gestellt, diese wird von der Politik nur falsch beantwortet!

Wer seine Bürger ständig animiert „Tut was für euer Alter“, um dann ohne Vorwarnung langjährige Verträge außer Kraft zu setzen, handelt grob fahrlässig und erweist einer ursprünglich gut gemeinten Idee einen Bärendienst.

Die Bürger dieses Landes lassen sich nur einmal vor vollendete Tatsachen stellen, der Gesetzgeber hat mit seinem Kapitalvernichtungsprogramm, ausgelöst durch evidente Rechts- und Grundrechtsverletzungen im GMG jeden Kredit verspielt.

Wir haben nicht nur ein Riester-Dilemma (siehe ARD-Sendung vom 09.01.2012 „Portrait einer Jahrhundertreform“), sondern auch ein unbeschreibliches **Dilemma bei der Direktversicherung!**

Und das Fatale daran:

Die Politiker ignorieren alle vorgebrachten Argumente, haben kein Gespür mehr für Gerechtigkeit. Sie sehen nur ihre eigenen Vorteile – Bürger, die sich wehren, sind nur noch lästig.

Die Antwort der Bürger kann deshalb nur lauten:

Ausreichende Altersvorsorge mit Hilfe des Gesetzgebers: **NEIN DANKE.**

**Wer sich auf den Gesetzgeber verlässt, ist verlassen!**

Mit freundlichen Grüßen,  
verbunden mit der Hoffnung auf die längst überfällige Korrektur im GMG.

*gez.*

*Edeltraud Debusmann*

Mitglied im Arbeitskreis „GMG-geschädigte DV-Versicherte“

Anlage:

Offener Brief von Petent Friedrich Preuß, Berlin an „Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel und alle Betroffenen einer Direktversicherung“